

Hinweis: Diesen Vortrag hielt Hartmut Steeb zur Tagung der Stiftung [Familien-Werte](#) am 5.12.2025.

Hartmut Steeb war über 25 Jahre Geschäftsführer der Evangelischen Allianz in Deutschland und hat viele Initiativen auf den Weg gebracht oder maßgeblich unterstützt, wie z.B. ProChrist oder Spring. Zudem engagiert er sich stark in Lebensrechtsbewegungen. Mit seiner freundlichen Genehmigung wird der Artikel des Vaters von zehn Kindern hier abgedruckt.

Politische Lage der Familie in Deutschland

Es könnte alles so schön sein! Man müsste sich nur an die guten Erkenntnisse halten, die wir als Gesellschaft einmal formuliert haben. Ich nenne 3:

1. Grundgesetz Artikel 6: *„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.“* Und dann heißt es dort weiter – und das ist offenbar langsam der Vergessenheit preisgegeben – *„Pflege und Erziehung sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.“* – Und noch weiter: *„Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.“* Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben erkannt, dass Ehe und Familie geradezu der Kern der Gesellschaft sind. Sie sind Garant der Nachhaltigkeit. Warum stehen Ehe und Familie in unserem Grundgesetz in Artikel 6 mitten drin in den Freiheitsrechten? Dass Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Gemeinschaft stehen ist in erster Linie ein Freiheitsrecht gegenüber einem Staat und einer Gesellschaft, die selbst in den privatesten Bereich des Menschen Einfluss nehmen wollen – Sie werden es noch wissen, dass der Staat in der unseligen Corona-Politik auch den Familien Beschränkungen auferlegte, wie viele Mitglieder einer Familie beieinander sein dürfen; ja, er verbot sogar, dass sich Ehegatten und Eltern und Kinder z.B. in Krankenhäusern und Altenheimen ungezwungen begegnen.

Ehe und Familie stehen nicht nur unter dem Schutz sondern sogar unter dem „besonderen“ Schutz, weil den Verfassungsgebern klar und bewusst war, dass Ehe und Familie auch eine besondere Aufgabenstellung in jeder Gesellschaft haben. Geht es im allerkleinsten Bereich gut, dann ist das die beste Voraussetzung dafür, dass es auch in größeren Zusammenhängen mit dem Miteinander klappt – und umgekehrt!

2. Auf der Homepage des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist der Kernsatz zur Familienpolitik. *„Familien darin zu unterstützen, ihr Leben nach den eigenen Vorstellungen gestalten zu können - das ist das Ziel einer guten Familienpolitik“.* Ein super Satz, den man nur bejahen kann. Freilich folgt dann ein zweiter Satz: *„Dafür brauchen Familien vor allem Zeit für Kinder und Beruf, finanzielle Stabilität und eine gute Kinderbetreuung“.* Und da beginnt schon der Widerspruch: Wenn man sagt, dass Familien ihr Leben nach den eigenen Vorstellungen

gestalten können sollen, dann muss man ihnen nicht gleich im 2. Satz sagen, was das heißt, ihnen also vorgeben, was gefällt die eigenen Vorstellungen zu sein haben! Warum Zeit für Kinder und Beruf? Warum ist Kinder zu haben und für sie selbst zu sorgen, nicht eine Berufsarbeit? Warum jedenfalls soll die Ehe und die Familie nicht selbst entscheiden, ob sie das als Beruf ansehen und leben wollen? Gegen finanzielle Stabilität gibt es nichts einzuwenden. Aber warum wird schon eine „gute Kinderbetreuung“ als das bezeichnet, was Familien vor allem brauchen? Natürlich stimmt das. Aber damit wird ja gemeint, es bräuchte eine gute außerfamiliäre Kinderbetreuung. Und das darf man wohl auch mit Fug und Recht bestreiten. Wo bleibt da die eigenständige Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeit?

3. Schauen wir noch auf den derzeit gültigen Koalitionsvertrag. Dort heißt es in einem Satz *„Wir stellen Familien in den Mittelpunkt, sorgen für gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen, stärken die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen, unterstützen Seniorinnen und Senioren und verteidigen unsere Demokratie“*. Ein Mammutatz, nicht unbedingt von der Länge her, aber vom Inhalt mit unterschiedlichen Aufgaben vollgepackt, Familien als Mittelpunkt und Demokratieverteidigung. Man könnte fragen, warum muss sie verteidigt werden? Wer greift sie denn an? Aber das ist nicht unser Thema heute! Warum maß sich der Staat an, für „gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu sorgen“, wo das doch nach dem Grundgesetz primär, zuvörderst, Aufgabe der Eltern ist? Der Staat sollte das also gegebenenfalls fördern und nicht hindern, was aber zuerst der Auftrag der Eltern ist.

In meiner Ausbildung im sogenannten „gehobenen nicht-technischen Verwaltungsdienst“ wurde nach meiner Erinnerung nie über den Verfassungsschutz geredet, obwohl es ihn ja auch schon gab. Inzwischen macht er viel von sich Reden und man redet viel von ihm. Darf man fragen, ob es nicht ein echter Fall für den Verfassungsschutz wäre, wenn ein Regierungsprogramm und ein programmatischer Ansatz eines Ministeriums die Grundsätze der Verfassung so eklatant missachtet?

Nach den verfassungsrechtlichen Vorgaben müsste es Aufgabe staatlicher Familienpolitik sein, Ehen und Familien in ihrer Eigenständigkeit zu fördern und zu unterstützen; sie auch darin zu fördern, dass die Gesellschaft dafür Sorge trägt, dass die Entscheidung für eine Familie in Freiheit getroffen werden kann und damit keine ideellen, materiellen und sozialrechtlichen Nachteile verbunden wären. Ich bin der Überzeugung, dass wir dann auch mehr Familien hätten. Und mehr Familien heißt zuerst, mehr Kinder. In unseren Tagen wird zwar durchaus das Thema der Kinderarmut immer wieder angesprochen, aber das Grunddilemma wird stillschweigend übergangen, nämlich die einfache Tatsache, dass wir eine Armut an Kindern haben, viel zu wenig für ein nachhaltig zukunftsträchtiges gesellschaftliches

Zusammenleben. Viele unserer großen gesellschaftlichen Probleme, schon heute und in Zukunft, haben dort ihre tiefere Ursache. Heute wurde im Bundestag das Rentenpaket durchgewunken

Das Rentenproblem ist u.a. wesentlich die Folge der demografischen Katastrophe, eine selbst produzierte Krise mit Langzeitansage. Als 1957 die Dynamisierung der Renten beschlossen wurde, hat der Vater dieser großen Rentenreform, Schreiber, den damaligen Bundeskanzler Adenauer darauf hingewiesen, dass wir nicht eine Zwei- sondern ein Drei-Generationen-Versicherung bräuchten. Schreiber nannte es ausdrücklich „Kindheits- und Jugendrente“, in die Eltern den einfachen, unverheiratete Kinderlose den doppelten und Verheiratete ohne Kinder den eineinhalbfachen Betrag einzahlen sollten. Das hat Adenauer mit dem berühmten Satz vom Tisch gewischt „Kinder kriegen die Leute immer“. Eine der vielleicht wenigen aber nachhaltigen Irrtümer und Fehlentscheidungen. Von Charles de Gaulle wird überliefert, dass er dagegen gesagt habe „Frankreich braucht das 3. Kind“. Es scheint aber nicht gesichert zu sein. Aber nach dem 2. Weltkrieg hat er gesagt, Frankreich braucht 12 Millionen Babys. Das wären ja noch bedeutend mehr. Die französische Steuer- und Familienpolitik wurde darauf ausgerichtet und hatte Langzeiterfolge.

Man weiß ja, man braucht eigentlich eine Reproduktionsrate von 2,1. Wir haben derzeit 1,35. Noch ist das Jahr 2025 nicht abgeschlossen und über die Zahl der Schwangeren wird keine Statistik geführt. Aber nach den bisher vorliegenden Geburtenzahlen bis August sieht es hochgerechnet so aus, dass wir 2025 wohl noch einmal knapp 5% weniger als 2024 haben, die niedrigste Geburtenzahlen seit 1946! Der Rückgang ist vor allem seit 2022 beträchtlich! Es wird leider bislang nicht untersucht, ob dies eben doch – wie Kritiker von Anfang an bemängelten – mit den Corona-Impfungen zusammenhängt. Ich sage: Nur getrost, es kommt noch schlimmer! Die nächsten Katastrophen stehen bevor!

Darf ich einen kleinen Exkurs machen? Nach biblischem Bericht ist das erste Wort Gottes an die Menschen „Seid fruchtbar und mehret euch!“ Es gäbe viel dazu zu sagen. Klaus Einsle hat es uns ja eindrücklich gesagt! Ich betone: Für den Nachwuchs zu sorgen ist die erste politische Verantwortung. Für mitdenkende Menschen müsste doch klar sein: Jeder Mensch lebt, weil er von zwei Menschen gezeugt und schließlich geboren wurde. Wäre es dann nicht das Mindestmaß an Dankbarkeit, auch wieder dafür zu sorgen, dass auch nach mir und durch mich wieder zwei Menschen geboren werden? Und weil es immer so war und immer so sein wird, dass nicht alle Menschen Menschen zeugen und gebären können, müssten jene, die es können, mindestens für drei sorgen. Da begänne ja dann auch das „Mehren“. Aber nur jede sechste Frau (17 %) ist die Mutter von drei oder mehr Kindern. Aber diese 17% sind es aber, die die Last der Generationen tragen.

Was sind die Prämissen heutiger Familienpolitik?

1. **Wir brauchen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.**

auch als Teil der Beseitigung von „Benachteiligungen der Frau“.

In diesem Bereich scheint vieles gelungen. Die „Frauenarbeitsquote“ ist kräftig gestiegen. Man kann sagen, dass die Politiker darin den Schlüssel einer erfolgreichen Familienpolitik sehen.

Aber ist das wirklich ein gelungenes Modell?

Die Kehrseite ergibt sich logischerweise, dass das Modell der „lebenslangen Hausfrau“ am Aussterben ist. Das Leben und Arbeiten als Familienmutter wird politisch weder unterstützt noch als erhaltenswert eingestuft.

Die sogenannte Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ohnehin höchstens ein Modell für die 1 und 2-Kind Familie. Bei 3 und mehr ist das schon organisatorisch kaum zu bewältigen, weil ausfallende Kinderbetreuungen, ausfallender Schulunterricht sich in Mehrkinderfamilien häufen und auch die Hobbys der Kinder, also außerschulische Förderung, organisiert werden müssen. Und aus der gesuchten Vereinbarkeit wird weithin eine Doppelbelastung und nicht selten eine Dreifachbelastung, weil überdies Beziehungen zerbrechen – nach wie vor etwa jede dritte Ehe, von den zerbrechenden nicht-ehelichen Beziehungen ganz zu schweigen. Natürlich liegt das alles an uns Männern, die sich nicht genügend an der Arbeit im Haus und in der Erziehung beteiligen. Es gäbe genug Grund, jetzt ein heißes Plädoyer an uns Männer zu richten.

Darf man aber heute auch wieder einmal die Frage stellen, ob diese Emanzipationsbewegung wirklich zur Verwirklichung des Lebensglücks beiträgt oder wird man dann gleich als Patriarch oder als Fetischist gebrandmarkt? Ist es wirklich das Anliegen der Frauen, den von uns Männern aufgestellten Maßstäben zu entsprechen, dass die außerhäusliche Erwerbstätigkeit mehr zählt als die zukunftssträchtige Arbeit zu Hause? Oder hat Irmela Hofmann, Gründerin der „Offensive junger Christen“ Ende der 60er Jahre, nicht sehr viel mehr Wahrheit ausgedrückt als sie uns das Wort übermittelte, das sich meine Frau gerne über den Schreibtisch hängen ließ: „Ich arbeite in der wichtigsten Werkstatt des Atomzeitalters, wo die Zukunft gestaltet wird und die Gegenwart ihren Gehalt gewinnt: Ich bin Hausfrau und Mutter von drei Kindern!“

2. **Wir brauchen Ganztagesbetreuung** für die Kinder, auch für die kleinsten der Kleinen. Kinder brauchen eine gesicherte Betreuungszeit außerhalb der Familie, damit Väter und Mütter, Frauen und Männer, jeweils einen Vollarbeitsplatz oder mindestens doch nahezu Vollarbeitsplätze ausfüllen

können. Noch schreckt man vor einer Kindergartenpflicht zurück, zumal die finanziellen Mittel nicht ausreichen, sie flächendeckend dann auch einzulösen. Und neben den finanziellen Engpässen fehlen vor allem die Betreuer, die Fachkräfte.

Aber man muss nicht alles grau in grau sehen, wenn man es für möglich hält, dass dem Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz außerhalb der Familie auch bald eine Pflicht zur außerfamiliären Kinderbetreuung folgt und bald noch weiter jene als Außenseiter und Störenfriede der Gesellschaft gelten, die ihre Kinder nicht in diese Einrichtungen geben wollen, obwohl doch für sie alles dort so schön gerichtet ist, Plätze und Erzieher bereitstehen usw. In manchen Gegenden und in manchen Schultypen wird nur noch das Modell der Ganztageschule angeboten.

Warum findet eigentlich keine Evaluierung dieser Familienpolitik statt? Man müsste doch mal fragen, ob die Rezepte zu einer Verbesserung führen? Ich behaupte, sie haben sich als unwirksam erwiesen. Woran kann man das fest machen?

- die Zahl der geborenen Kinder ging weiter zurück. Jetzt auf einen historischen Tiefstand, seit 1946.
- durch Schwangerschaftsabbrüche vernichten wir weiterhin jährlich die Einwohnerschaft einer ganzen Großstadt. Selbst laut völlig unzureichender Statistik wachsend, im vergangenen Jahr 106.000!
- die Bildung der Kinder ist in Deutschland nicht besser geworden
- den Familien geht es im Verhältnis zum Bevölkerungsteil ohne Kinder nicht besser sondern schlechter
- Kinder- und Jugenddelinquenz nehmen nicht ab, sondern zu.

Aber eine Evaluierung wird nicht mal angedacht, weil sie gegen die ideologischen Festlegungen laufen: Von der berechtigten Gleichberechtigung bis zur der Natur widersprechenden Behauptung der Gleichheit zwischen Mann und Frau! Man läuft geradezu blindlings auf den Holzwegen weiter.

Wir hatten in den letzten Jahren immer wieder die aufkommende Diskussion, ob man nicht Kinderrechte in die Verfassung aufnehmen müsste. Es ist natürlich völlig unnötig, weil Kinder fraglos Menschen sind und ihnen ohnehin fast alle im Grundgesetz garantierten Freiheitsrechte zustehen – Ausnahme: Volle Geschäftsfähigkeit und Wahlrecht. Aber Tatsache ist freilich, dass es gar keine gemeinsame Sicht gibt, was die Besonderheit der Kinderrechte wäre. Es müsste ja bedeuten, dass Kinder vielleicht mehr gefragt würden. Aber haben Sie schon einmal von der Fragestellung gehört, ob Kinder die außerfamiliäre Kinderbetreuung wollen, ob sie sich die Ganztageschule wünschen. Birgit Kelle würde an dieser Stelle sicher darauf hinweisen, dass man in der Coronazeit die Kinderrechte mit Füßen getreten hat. Ich weise auf das Buch „Die Corona-Generation“ hin mit dem Untertitel „Wie unsere Kinder um ihre Zukunft gebracht werden.“

Tatsache ist, dass vieles von dem, was unter dem Gesichtspunkt „Familienpolitik“ und „Familienförderung“ diskutiert und praktiziert wird, keine Politik zu Gunsten der Familie, zur Wertschätzung von Kindern und Familien ist. Ich bezeichne es vielmehr als lediglich schlechte Wirtschaftspolitik, weil sie den Nachhaltigkeitsfaktor völlig ausschließt. Jetzt in Kinder und Familien zu investieren, quantitativ und qualitativ, wäre langfristig auch die bessere Wirtschaftspolitik.

So ein paar Anmerkungen zu einzelnen Maßnahmen seien mir erlaubt:

Das Elterngeld! Es ist natürlich ein kleiner Fortschritt, dass man Eltern die kurze Auszeit aus dem außerhäuslichen Berufsleben ermöglichen bzw. finanziell erleichtern will. Aber es hat ja nur 2007 und 2008 für eine kurzzeitige und kleine Verschnaufpause im Sinkflug der Geburtenzahlen gesorgt, aber keine durchgreifenden Besserungen gebracht, dafür aber die Ungerechtigkeiten verstärkt hat. Woran mache ich das fest?

1. Mit der Zahlung des Elterngeldes als Lohnersatzleistung wird Elternzeit im Prinzip der Krankenzeit und damit einer „Berufsausfallzeit“ gleichgestellt. Das hat einen unübersehbaren psychologischen Stellenwert. Die Botschaft, die mitschwingt, ist „Nur kurze Zeit, dann bist du durch.“ Der Eigenwert der Elternarbeit wird nicht anerkannt.
2. Das Elterngeld je nach bisherigem Gehalt gestaffelt. Das führt genau weiter in die Richtung, dass Eltern ihren potentiellen Kinderwunsch so lange hinausschieben, bis die „Höchstprämie“ erzielt werden kann, also nicht während der Ausbildungs- und Studienzeit, nicht als Berufsanfänger, nicht bevor man ein bestimmtes Maß an Einkommen erreicht hat. Dass der Kinderwunsch aber auf das Ende der Zwanziger und auf die Dreißiger Jahre verlagert wird, schafft uns schon jetzt viele Probleme: Die Schwangerschaften sind risikoreicher, die Geburten schwerer, die Zahl der Fehlgeburten nimmt zu. Die Fruchtbarkeit nimmt ab. Das führt zu vermehrten künstlichen Befruchtungen – teuer, risikoreich, physisch und psychisch sehr belastend, keine hohe Erfolgsquote. Deshalb sind die Forderungen hierfür mehr zu bezahlen schon auf dem Tisch und zum Teil umgesetzt. Aber Mehrkinderfamilien, die so wichtig sind, werden schon biologisch immer weniger möglich.
3. Nur wenn beide Elternteile mindestens je zwei Monate Elternzeit machen, kommt die Familie in den „vollen Genuss“ staatlicher Förderung. Nicht die freie Wahlmöglichkeit sondern ein gesellschaftliches Diktat der Gleichmacherei, ein Hineinregieren in Ehen und die doch alleine von den Ehepartnern selbst zu wählende und zu vertretende Rollenverteilung erlaubt sich dieser Staat. Das ist ideologiebestimmt. Hier greift der Staat in das Recht der Selbstorganisation familiären Lebens ein. Man will unbedingt die Väter in die Aufgabe zwingen. Die Politik gibt das Ziel vor, 65% der Väter sollen

wenigstens die Vätermomente nehmen. Warum gibt die Gesellschaft vor, besser zu wissen, was für Ehen und Familien gesund und für die Förderung der Kinder das Beste ist?

4. Grob diskriminiert und benachteiligt werden jene Mütter und Väter, die als traditionelle Familie leben, die eine Vollarbeitszeit in die Familie stecken und – ohne vorherigen Gehaltsbezug – ein zweites, drittes oder viertes Kind bekommen. Aber diese Familientypen sind ja auch schon bisher der „Lastesel der Nation“ oder, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung schon im Oktober 2002 (nach dem damaligen Bundestagswahlkampf) zutreffend schrieb: „Die letzte Minderheit, über die noch politisch korrekt gelästert werden darf, das sind Frauen, die sich mit ihren eigenen Kindern abgeben....Die Gesellschaft, die von ihrer kostenlosen Arbeit schamlos profitiert, dankt mit Spott und Verachtung.“

Die Ganztagesbetreuung:

Nicht Ehe und Familie werden gefördert, sondern die Sozialisierung der Erziehung. Als der damalige SPD-Generalsekretär und spätere Bundeskanzler 2002 forderte, dass der Staat „die Lufthoheit über die Kinderbetten gewinnen“ müsse, wurde dem nicht entschlössen und lautstark widersprochen, weil leider auch die dann bald wieder regierende CDU das Programm einfach fortsetzte. Dies widerspricht zwar den eindeutigen Vorgaben des Grundgesetzes, wonach „Pflege und Erziehung der Kinder das natürliche Recht und die zuvörderst den Eltern obliegende Pflicht“ ist. Aber wer schert sich darum, dass der Berufswunsch der Vollzeitmutter oder des Vollzeitvaters durch die einseitige Vergabe von Fördermitteln noch weiter verunmöglicht wird?

Mit dieser einseitigen Ausrichtung wird schließlich auch noch die ganz divergierende Botschaft weitergegeben: Die Eltern sind offenbar mit der Erziehung der Kinder nicht ausgelastet, es ist keine erfüllende Tätigkeit und außerdem sind sie damit eigentlich ohnehin auch überfordert. Und den Kindern wird vermittelt: Die Eltern haben für dich während des normalen Tagesablaufs keine Zeit, dafür geht es uns aber bald materiell besser. Geld statt Zeit ist die materialistische Ideologie des geltenden Familienpolitikgrundsatzes Ganztagesbetreuung!

Schließlich wird in diesem Kontext auch der Mutterberuf diskreditiert. Wer sich hauptberuflich um Kinder und Jugendliche kümmert, hat eine hohe gesellschaftliche Anerkennung: Erzieher, Lehrer, Hochschulprofessoren – wenn es nicht die eigenen Kinder sind! Wer sich aber um die eigenen Kinder kümmert, der „arbeitet nicht“, der ist „nicht berufstätig“. Für den stellt sich die Frage, wann und wie der „Wiedereinstieg in den Beruf“ geschafft werden kann. Die Erziehung und Betreuung und Förderung fremder Kinder wird von der Gesellschaft bezahlt und hoch gewertet, nicht aber die Primärerziehung in der eigenen Familie. Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag: „Wir wollen Familien helfen, den alltäglichen Spagat zwischen Kindererziehung, Arbeit, Haushalt, Pflege und auch Erholung besser bewältigen zu

können. Deshalb prüfen wir ein jährliches Familienbudget für Alltagshelfer für Familien mit kleinen Kindern und/oder pflegebedürftigen Angehörigen mit kleinen und mittleren Einkommen, das wir digital zugänglich machen. Damit wollen wir sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bei haushaltsnahen Dienstleistungen fördern“. Man darf doch die Frage stellen: Warum wird eigentlich nicht das Original mit diesen Mitteln gefördert, also die Mütter und Väter selbst?

Zwar heißt es im 10. Familienbericht der Bundesregierung 2023: „Familienrecht sollte die Vielfalt eines sich verändernden Familienlebens abbilden und alle Betreuungsmodelle gleichberechtigt nebeneinander stellen.“ Aber die Politik ist entgegen dem Wortlaut einseitig anders ausgerichtet und die Förderströme werden entgegen dem „gleichberechtigt nebeneinander“ organisiert! Aber das ist ja gewollt.

In dem Bericht einer Arbeitsgemeinschaft frühe Bildung wird dann natürlich als „Erfolg“ festgehalten: „Erwerbsunterbrechungen von Müttern sind heute kürzer als zur Einführung des Elterngelds. Waren 2006 nur 35 Prozent der Mütter mit jüngstem Kind von eins bis unter zwei Jahren und 42 Prozent der Mütter mit Kindern von zwei bis unter drei Jahren erwerbstätig, so waren es im Jahr 2023 bereits fast 46 beziehungsweise 63 Prozent. Im gleichen Zeitraum hat sich auch die durchschnittliche wöchentliche Erwerbsarbeitszeit von allen erwerbstätigen Müttern mit minderjährigen Kindern von 25 auf 28 Wochenstunden erhöht. Das zahlt sich langfristig aus - durch eine bessere Lohnentwicklung und höhere Rente.“ Also ist Fremdbetreuung das Ziel und das zahlt sich aus. Wen wundert es, dass sich die Menschen durch Geldströme und Förderprogramme zu einem Verhalten drängen, locken, verführen lassen? Ich zitiere noch mal aus dem Bericht „Eltern eine partnerschaftliche Aufteilung von beruflichen und familiären Aufgaben ermöglicht, ist ein Schwerpunkt der modernen Familienpolitik“. Oder „Angebote der Kindertagesbetreuung sind heute fester Bestandteil unserer Gesellschaft und für Kinder erste Orte der institutionalisierten Bildungsbiografie und des Aufwachsens in öffentlicher Verantwortung“. Und dann wird unbegründet behauptet: „Kindertagesbetreuung trägt maßgeblich dazu bei, dass der Wohlstand in Deutschland langfristig gesteigert und der gesellschaftliche Zusammenhalt nachhaltig gestärkt werden kann. Kindertagesbetreuung ermöglicht Eltern die Erwerbstätigkeit und leistet einen wichtigen Beitrag, dass dringend benötigte Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen“ [240327-bericht-ag-fruehe-bildung-kompendium-fuer-hohe-qualitaet-in-der-fruehen-bildung-data.pdf](#).

Meine Empfehlungen für die zukunftsorientierte Familienpolitik sieht diametral entgegengesetzt aus. Sie müsste neue Prämissen festlegen. Freilich kommt solch ein Paradigmenwechsel nicht von selbst. Er muss gewollt und durch klare Konzepte unterstützt werden. Dabei müssen die Konzepte auch unter dem Gesichtspunkt des Kosten-/Nutzenfaktors gesehen werden.

Bestandteile einer neuen Familienpolitik

Darum nenne ich zunächst vier **Bestandteile einer neuen Familienpolitik**, die keine nennenswerten Kosten verursachen bzw. sie sogar senken und dann weitere vier, bei denen auch Finanzierungsbedarf besteht und zu bedenken ist:

1. Mutter-Sein als Beruf

Natürlich ist klar, dass man die Tätigkeiten, die in der Familie anfallen, gegen Entgelt von einer Haushaltshilfe erledigen lassen kann. Wer als Hausangestellte arbeitet, hat einen Beruf. Für Frauen ist doch das Ja zur vollzeitlichen Familien- und Erziehungsarbeit deshalb so schwer, weil es unsere Gesellschaft geschafft hat, den Mutterberuf zu diskreditieren. Solange sozusagen die große Mehrheit einen solchen Weg ging, war es weniger schwierig, das zu akzeptieren. In einer Zeit aber, in der Kindererziehung höchstens noch eine Alternative unter vielen ist, bedarf es größerer Anstrengungen. Darum muss künftig auch die „freiberufliche“ Arbeit in Familie als Beruf anerkannt werden, gerade auch der Beruf der Mutter, die vollzeitlich in der Familie arbeitet. Dann muss das diskriminierende Gerede von der „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ und vom „Wiedereinstieg“ aufhören. Denn eine Mutter, die z.B. drei Kinder vollzeitlich selbst erzieht, hat einen ganz gewiss weit überdurchschnittlich anspruchsvollen und anstrengenden Beruf. Sie arbeitet in der wichtigsten Werkstatt des 21. Jahrhunderts, wo die Zukunft gestaltet wird und die Gegenwart ihren Gehalt gewinnt.

2. Mutter-Schutz als Sofortmaßnahme

Schwangere Frauen brauchen zunächst positive Erfahrungen. Früher haben Ärzte die Feststellung der Schwangerschaft den Frauen mitgeteilt mit den Worten „herzlichen Glückwunsch“! Heute ist eher die Frage: Wollten Sie das Kind haben? Dieser fehlende gesellschaftliche Glückwunsch könnte nachgeholt werden. Darum ist der verfassungsrechtlich gebotene Mutterschutz (Artikel 6 GG) zu qualifizieren und zu verlängern. Sechs Wochen vor der Entbindung sind grundsätzlich ausreichend. Aber es wäre gut, wenn die Mutter bereits zu einem früheren Zeitpunkt Mutterschutz in Anspruch nehmen könnte – nicht müsste! Mutterschutz also flexibilisiert würde. Ich schlage vor, mit der ärztlich festgestellten Schwangerschaft den Rechtsanspruch auf Mutterschutz zu verbinden. Denn gerade Erst-Mütter nutzen die Zeit der Schwangerschaft, z. B. für Kurse zur Geburtsvorbereitung und Schwangerschaftsgymnastik, aber auch für weitergehende Kurse im Hinblick auf den Mutterberuf.

3. Familienwahlrecht

Die Demokratie lebt von der Demokratie. Warum tat sich familienpolitisch in den letzten Jahrzehnten so wenig? Ein zu geringer Anteil der Bevölkerung leidet unter den familienpolitischen Missständen. Die knapp 17 % der Frauen, mit abnehmender Tendenz, die 3 und mehr Kinder haben und darum überproportional den Sozialstaat stützen, und ihre Kinder - haben keine ausreichende Lobby. „One man, one vote“, war das Schlagwort der Gleichberechtigung der Schwarzen.

Zum Ende der typischen fertilen Phase im Alter zwischen 45 und 54 Jahren ist jede fünfte Frau (20 %) kinderlos, jede vierte Frau (25 %) ist Mutter von einem Kind, mehr als jede dritte Frau (37 %) hat zwei Kinder und fast jede sechste Frau (17 %) ist die Mutter von drei oder mehr Kindern.

Deshalb sollte jetzt endlich der Vorschlag der Kinderkommission des Deutschen Bundestags aus den 1980er Jahren nach einem Familienwahlrecht umgesetzt werden.

4. Abschaffung der Abtreibungsfinanzierung

Sie ist überfällig. Selbst wenn man Abtreibungen nicht grundsätzlich und rigoros ablehnen und verbieten wollte, ist doch durch nichts einzusehen, weshalb die Allgemeinheit für die Tötung des eigenen menschlichen Nachwuchts auch noch finanziell eintreten muss. Die derzeitigen Koalitionäre sind sich ja nicht darüber einig, was sie da in den Koalitionsvertrag geschrieben haben. Sie brauchen ja auch noch weiteren Streitstoff! Im Ernst: Es kann doch nicht sein, dass wir im Falle eines geborenen Kindes den Vater zum Unterhalt über Jahre hinweg heranziehen, es aber zulassen und verdeckt finanzieren, wenn er die Verantwortung für das von ihm gezeugte Kind so radikal ablehnt, dass er es nicht lebend haben will. Man darf nicht länger Männern die anonyme und damit auch noch kostengünstige Alternative offen lassen, sich so aus der Verantwortung zu stehlen.

Und nun vier Maßnahmen, die Geld kosten, aber daran mangelt es ja in Zeiten von „Sondervermögen“ nicht.

5. Kindergeldzahlungen

Sämtliche Sozial- und Steuersysteme ziehen materiellen Nutzen aus heute geborenen Kindern, die später Beitragszahler in der Sozialversicherung und Steuerzahler sein werden. Deshalb ist es gerecht, dass der materielle Teil des Aufwands für Kinder auch durch die öffentliche Hand aufgebracht wird. Die Höhe des Kindergeldes muss an dem tatsächlichen Bedarf für Kinder ausgerichtet sein, heute monatlich wenigstens 350 Euro – ab 2026 beträgt es 259 Euro einheitlich. Im Gesetz zu früher werden für die 3. Kinder nicht mehr mehr bezahlt, obwohl gerade das so nötig wäre. Diese Transferleistung an die Eltern

der Kinder sollte grundsätzlich direkt ausbezahlt werden. Dann müssen da nicht alternative Steuerfreibetragsberechnungen gemacht werden. Und es sollte nicht erst ab der Geburt, sondern ab der ärztlich festgestellten Empfängnis gezahlt werden. Denn das Kind lebt, wenn auch in der Mutter. Es ist damit eine Rechtspersönlichkeit. Und die Eltern haben auch schon während der Zeit der Schwangerschaft höhere Ausgaben. Das wäre ein weiterer gewichtiger Punkt im Sinne des notwendigen Bewusstseinswandels und brächte überdies der Schwangeren am Tag der Feststellung Ihrer Schwangerschaft ein weiteres positives Signal, das sie gerade auch im Falle einer ungeplanten Schwangerschaft dringend braucht.

6. Eheförderung

Die Ehe als Dauer- und Treuegemeinschaft bringt leichter gesunde stabile Persönlichkeiten hervor, schon alleine deshalb, weil die ehelichen Partnerschaften mit Kindern seltener zu Trennungen mit folgenreichen schweren seelischen Abstürzen von Kindern führen. Heiraten ist teuer. Ich plädiere für eine einmalige Ehebeihilfe des Staates von mindestens 1.000 Euro pro Person. Man könnte auch das in der DDR bewährte Modell einführen, einen großen Ehekredit zur Verfügung stellen, der dann mit jeder Geburt eines Kindes getilgt werden könnte!

7. Familiengehalt

Wer den Beruf Hausfrau und Mutter (alternativ auch Hausmann und Vater) wählt, darf nicht länger gerade deshalb im Erwerbsleben und im Alter sozial und materiell benachteiligt sein. Denn gerade dieser Beruf ist der wichtigste Sozialberuf und für das Funktionieren des Sozialstaates mit einer Solidarität der Generationen unverzichtbar. Ich nenne mal als Beträge: 700 Euro für das erste, zweite und dritte Kind und pro weiterem Kind von jeweils 350 Euro pro Monat ist anzusetzen. Dieser Gehalt wird selbstverständlich steuer- und versicherungsrelevant ausbezahlt. So entsteht eine eigene Erwerbsbiografie, die auch beim später möglicherweise anstehenden Berufswechsel (früher „Wiedereinstieg“ in den Beruf genannt) nahtlos fortgeführt werden kann.

Warum bedarf es heute eines solchen Familiengehaltes, das es ja noch nie gab? Die Begründung ist schnell gegeben: Seit fast 60 Jahren wissen wir gewiss: Kinder sind kein zwangsweise eintretendes Naturereignis. Man kann sie verhindern. Die Geburtenverhinderungs-planung wurde „erfolgreich“ eingeführt. Solange in unserem Land die Mehrheit der Frauen zwei und mehr Kinder hatte - in den Eheschließungsjahren 1946 bis 1950 waren dies 61 % - wurde der sozial-materielle Nachteil nicht so stark empfunden. Denn die meisten teilten diese Lebensführung. Je weniger Schultern die Lasten des

Rentenversicherungssysteme tragen müssen, desto gravierender wird gerade diese Benachteiligung empfunden. Je weniger Kinder also geboren werden, desto mehr ist die staatliche Gemeinschaft verpflichtet, die damit verbundenen finanziellen Belastungen auszugleichen. Es gibt ganz unterschiedliche Berechnungen, wie hoch diese Belastungen sind. Der 5. Familienbericht der Bundesregierung hatte schon 1994 bei Annahmen für den Versorgungsaufwand an der unteren Grenze einen in Geld bewertbaren Aufwand von fast 400.000 DM (also über 200.000 Euro) pro Kind bis zum 18. Lebensjahr errechnet.

8. Familiengerechte Ökologiepolitik

Ich will auch noch gerne den Grünen einen Vorschlag unterbreiten, denn sie in der offenbar mit der zunehmenden Etablierung vergessen haben. Ich schlage die kostenlose Beförderung von Kindern und Jugendlichen in öffentlichen Verkehrsmitteln vor. Was könnte neben der wirtschaftlichen Erleichterung für die Familien an ökologischem Bewusstsein bei Kindern und Jugendlichen geschaffen werden, wenn ihre Eltern schon aus wirtschaftlichen Gründen mit ihnen nach Möglichkeit immer die öffentlichen Verkehrsmittel bevorzugten?

Ich komme zum Schluss mit der Aussage:

Die Familie braucht Zeit.

Es ist schon deutlich geworden: Ich halte den Versuch, ständig häusliche und außerhäusliche Berufstätigkeit miteinander vereinbaren zu wollen, für einen Grundfehler derzeitiger Politik. Erziehung ist eine Ganztagesaufgabe, die nicht von den Eltern wegdelegiert werden sollte. Kinder benötigen Zeit. Auch wenn Sie mich jetzt als stockkonservativ abschreiben: Wenn in einer Familie Kinder vorhanden sind, sollte ein Elternteil ganz zu Hause sein. Das Kind braucht nicht nur eine Teilfamilie und nicht ständig eine mehreren Anforderungen ausgesetzte Mutter oder Vater. Zeit ist die Investition in die gesunde Zukunft unserer Kinder. Als ich mich mit knapp 20 Jahren verlobte, und ich mit meiner Frau die verschiedenen Aspekte des gemeinsamen Lebens besprach, war ich noch sehr offen für die moderne Lösung, selbst als Hausmann zu Hause zu bleiben und meiner Frau das berufliche Weiterarbeiten zu ermöglichen. Wir entschieden uns aber anders, auch weil ich einen Beruf gewählt hatte, der mehr Einkommen versprach. Ich sage das so offen. Aber ich sage heute auch, dass die Entscheidung aus einem anderen und viel tieferen Grund richtig war. Das Kind braucht in den ersten Jahren eine Hauptbezugsperson. Und darin ist die Mutter besser als der Vater. Warum?

Die ersten neun Monate gehören ohnehin fast ganz der Mutter. Der Beziehungsvorsprung sollte zugunsten des Kindes genutzt werden. Das ist nicht Zufall, darüber müssen wir uns auch nicht ärgern. Wir Väter sollten die uns hier von Gott zugedachte „Benachteiligung“ bzw. andere Rolle bejahend akzeptieren. Auch die Geburt selbst wird von der Mutter als viel tieferen Einschnitt erlebt als vom Vater. Und ich habe es nach mehreren Versuchen auch einsehen müssen, dass meine Frau im Stillen unschlagbar ist. Ich habe es nicht geschafft.

Sollten wir mit dem neu erstandenen ökologischen Bewusstsein nicht viel mehr schöpfungsgemäß denken und leben?

Ich plädiere dafür, dass die Mutter in den ersten achtzehn Jahren sich hauptberuflich um die Erziehung ihres Kindes kümmert.

Natürlich brauchen die Kinder auch die Väter. Aber gestehen wir Väter doch zu, dass wir nicht die gewichtige Rolle im Leben unserer Nachkommen spielen, wie wir das gerne hätten. Vielleicht könnte uns der Bewusstsein dieses Mangels in ganz positiver Weise anspornen, um so mehr auch in die Kinder an Zeit und Kraft zu investieren, dass die vaterlose Gesellschaft wenigstens bei uns zu Hause nicht stattfindet!

Ich plädiere nicht für den Pascha, sondern für die Mutter und das Kind!

Darf ich noch mit einem Zitat kommen, das sich nicht auf Deutschland sondern auf Griechenland bezieht, aber dann vielleicht doch erst recht auch auf uns?

„In der Zeit, in der wir leben, ist in ganz Griechenland die Zahl der Kinder, überhaupt der Bevölkerung in einem Maße zurückgegangen, dass die Städte verödet sind und das Land brachliegt, obwohl wir weder unter Kriegen von längerer Dauer noch unter Seuchen zu leiden hatten ... weil die Menschen der Überheblichkeit, der Habgier und dem Leichtsinne verfallen sind, weder mehr heiraten noch, wenn sie es tun, die Kinder, die ihnen geboren werden, großziehen wollen, sondern meist nur eins oder zwei, damit sie im Luxus aufwachsen und ungeteilt den Reichtum ihrer Eltern erben, nur deshalb hat das Übel schnell und unvermerkt um sich gegriffen.“

Es gibt nichts Neues unter der Sonne. Auch wenn man denken könnte, dass das folgende Zitat aus unserer Zeit stammt – es ist nicht so:

Polybios 2. Jh v Chr.

(Zitiert nach Bernhard Federer Wirtschaftliche Entwicklung 1983)